

**Pro Psychotherapie e.V.**  
**Landwehrstr. 35**  
**80336 München**

Vorwort:

Die Piratenpartei hat bei ihrem Parteitag am 12.05.2013 in Neumarkt den Abschnitt "Psychiatrie 2.0 - Verrückt ist auch normal" in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Damit setzt sich die Piratenpartei explizit für Menschen mit psychischen Störungen ein:

[http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl\\_2013/Wahlprogramm#Psyche](http://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2013/Wahlprogramm#Psyche)

**1. Wird Ihre Partei Maßnahmen ergreifen, um die bestehende Unterversorgung der Hilfesuchenden zu verbessern und das psychotherapeutische Angebot auszudehnen? Wenn ja, welche konkret? Setzt sich Ihre Partei für eine Erhöhung der Sitze für Psychotherapeuten ein?**

Die derzeitigen Wartezeiten auf einen Psychotherapieplatz in vielen Regionen weisen darauf hin, dass offensichtlich das reale Angebot nicht überall ausreichend ist. Wir setzen uns für eine regional homogene (d.h. keine Vermischung von Stadt und Land) sowie an dem realen Angebot (tatsächliche Sprechzeiten) orientierte Bedarfsplanung ein, die ein ausreichendes Psychotherapieangebot ohne lange Wartezeiten ermöglicht.

Um den Bedarf zu decken ist die Psychotherapie-Ausbildung dahingehend zu verändern, dass eine wesentlich größere Zahl an Menschen pro Jahr eine Psychotherapie-Ausbildung mit Erfolg machen und in diesen Beruf einsteigen kann als bisher. Dazu können beispielsweise Studierende aller medizinischen, sozialen, und sozialwissenschaftlichen Fachrichtungen zur Psychotherapie-Ausbildung zugelassen werden, also nicht nur Studenten von Medizin und Psychologie. Gleichzeitig sind die gegenwärtig übermäßig hohen Ausbildungskosten zu senken.

Letztlich steht auch die Aufklärung der Betroffenen selbst im Blickpunkt der Piratenpartei, vor allem über ihre rechtlichen Ansprüche sowie Hilfsangebote. Es gibt bereits Gerichtsurteile, die belegen, dass es Betroffenen gelang, die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland auch in der Psychiatrie für sich persönlich umzusetzen, indem sie rechtswirksam Widerspruch gegen die jeweilige Medikation einlegten. Ohne Aufklärung wäre das undenkbar. Der Erhalt oder das Wiedererreichen maximaler Selbstbestimmtheit ist ein vorrangiges Ziel.

**2. Auch Heilpraktiker dürfen psychotherapeutische Leistungen anbieten. Dieses Angebot ist für Hilfesuchende häufig noch undurchsichtiger als die Richtlinien-Psychotherapie. Sieht Ihre Partei an dieser Stelle einen konkreten Regelungsbedarf hinsichtlich einheitlicher Ausbildungsstandards sowie verbesserter Aufklärung der Hilfesuchenden? Wenn ja, welche Regelungen zur Verbesserung der Lage strebt Ihre Partei konkret an?**

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass die Ausbildung in Berufen, die therapeutische Leistungen am Menschen erbringen, einem hohen Qualitätsstandard genügen müssen. Wir sehen dies aufgrund fehlender Vorgaben und einheitlicher Ausbildungskriterien im Bereich der psychotherapeutischen Heilpraktikerausbildung derzeit nicht gegeben. Zumindest müssen in diesem Bereich Mindeststandards für die Ausbildung (z. B. im Sinne eines Curriculums) sowie Prüfungskriterien entwickelt werden.

**3. Wird Ihre Partei die Aufnahme weiterer wissenschaftlich anerkannter Psychotherapieverfahren als die bisherigen Richtlinien-Verfahren in den Leistungskatalog der Krankenkassen fordern? Als Beispiel seien hier die Gesprächspsychotherapie und die Systemische Therapie genannt, die zwar als Richtlinienverfahren anerkannt sind, aber noch nicht von den Krankenkassen bezahlt werden.**

**4. Setzt sich Ihre Partei für die Aufnahme weiterer Psychotherapie-Verfahren als Richtlinien-Verfahren ein bzw. gar für eine Neuregelung, unabhängig vom bisherigen „Schulendenken?“**

Beide Fragen beantworten wir gemeinsam mit unseren folgenden Forderungen:

Die Piratenpartei fordert, dass Maßnahmen, die von der gesetzlichen Krankenversicherung zu finanzieren sind, ihre Wirksamkeit belegen sollen. Dies ist im Bereich psychotherapeutischer Verfahren sicher schwieriger, als beispielsweise bei Medikamenten. Sofern die Verfahren wissenschaftlich nachvollziehbare Hinweise für einen Patientennutzen bieten, kann eine Finanzierung durch die GKV diskutiert werden. Dies sollte jedoch in erster Linie nach wie vor im Rahmen einer fachlichen Prüfung durch den GBA entschieden werden und nicht auf politischer Ebene

- Der Benefit der psychotherapeutischen Sitzung muss in der Dichte der Echtzeit-Interaktion begründet sein, die dementsprechend vergütet wird.
- Der Psychotherapie muss ein Behandlungsvertrag vorausgehen, in dem Gesprächsinhalte festgelegt werden. Vorrang haben die primär vom Betroffenen als belastend erlebten Beschwerden.
- Anliegen der Therapie darf nicht das Erzeugen eines speziellen Leidensdruckes sein, nur weil sich der Therapeut auf diese Baustelle spezialisiert hat.
- Da Gesprächspsychotherapie biografische Inhalte komprimiert bearbeitet und somit auch in Denk- und Verhaltensmuster des Betroffenen eingreift, ist zur erleichterten Recherche nach vorangegangenen Interventionen und ihren Auswirkungen neben dem Videofeedback die vollständige Dokumentation des Gesprächsverlaufs in Textform (per Spracherkennungs-Software) zu gewährleisten.
- Bei Gruppentherapien sind außerdem Videodokumentationen notwendig, um etwaige Gruppenprozesse, die den Betroffenen beeinflussen, zurückverfolgen zu können.
- Von sämtlichen Dokumentationen ist dem Betroffenen jeweils eine Kopie zu überlassen, nicht zuletzt um den Therapieprozess zu beschleunigen.
- Um nicht unnötig Dritte in den Therapieprozess einweihen zu müssen, ist eine entsprechende medientechnische und computerlinguistische Ertüchtigung in die Psychotherapeuten-Ausbildung einzubinden.
- Für die gezielte Recherche nach psychotherapeutischen Sachverhalten innerhalb der Gesprächsprotokolle ist eine entsprechende semantische Suchmaschine zu schaffen, die gemeinsam mit Betroffenenverbänden genutzt und dadurch gepflegt wird.
- Es darf kein Herrschaftswissen a la Rote Liste (dem Verzeichnis der in Deutschland rezeptierbaren Medikamente) in der Psychotherapie geben. Um gefährlichem Halbwissen zu begegnen, sind die Sachinhalte innerhalb der Suchmaschine optimiert zu vernetzen.

- Innerhalb der Suchmaschine sind die jeweiligen Persönlichkeitsrechte zu wahren. Die dazu notwendige Anonymisierung der Daten begrenzt den Vernetzungsgrad der Sachinhalte. Es darf kein Facebook Stigmatisierter werden.

**5. Prävention und Früherkennung: Es dauert in der Regel sehr lange, bis Hilfesuchenden einen angemessenen Therapieplatz finden. Hausärzte könnten eine wichtige Rolle bei Prävention und Früherkennung psychischer Störungen sowie Überweisung an entsprechende Hilfseinrichtungen spielen. Welche Ansätze zu einer (verbindlichen) Ergänzung der Hausarzt-Ausbildung um psychotherapeutische Aspekte oder Diagnoseinstrumente verfolgt Ihre Partei?**

Die Piratenpartei setzt sich für niederschwellige Angebote für Menschen mit psychischen Störungen oder dem Verdacht einer psychischen Beeinträchtigung ein. Weiterhin fordern wir, dass Ärzte in allen Fachbereichen, in denen sie mit Betroffenen mit psychiatrischen Diagnosen konfrontiert sind, vor allem aber in der Notfallmedizin, ausführliche und fortlaufende psychiatrische Weiterbildungen erhalten. Besonders wichtig ist auch eine fundierte Ausbildung und Training von Fähigkeiten in Krisenintervention und Deeskalation von Ärzten, Polizei und Rettungsdienstpersonal. Diesen Inhalten muss bereits frühzeitig, also noch während des Studiums oder der Ausbildung, mehr Bedeutung beigemessen werden.

**6. Beratungsstellen: Psychisch kranke Menschen sind bei der Suche nach einem Therapieplatz häufig auf sich alleine gestellt und überfordert. Erschwerend kommt hinzu, dass in der Psychotherapie anders als in der Medizin, die „Passung“ zwischen Patient und Behandler eine wesentliche Rolle spielt. Ein erheblicher Anteil der stattfindenden Psychotherapie bleibt deshalb ineffektiv. Aufklärung und Beratung tun Not. Plant Ihre Partei die Einrichtung und/oder Förderung neutraler Beratungsstellen?**

Neben dem Ausbau von Beratungsstellen für Menschen mit psychischen Störungen und die bessere Berücksichtigung von psychischen Störungen in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Ärzten und medizinischem Personal fordert die Piratenpartei die Bereitstellung eines Internetangebotes vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) mit folgendem Inhalt:

- Datenbank aller praktizierenden Psychiater, Ärztlicher und Psychologischer Psychotherapeuten, Psychologen sowie aller psychiatrischen Fachkrankenhäuser mit:
- Adressen,
- Wartezeiten/Anzahl freier Sprechstunden/Anzahl freier Plätze,
- Fachgebiet,
- Spezialgebiet,
- Vorstellung und Erklärungen von Therapieangeboten,
- Anträge zum Download und Antragserklärungen.

An dieses Internetangebot soll eine Telefonhotline angeschlossen sein, die zu den Inhalten ebenfalls Auskunft geben kann. Die inhaltliche Ausgestaltung soll koordinierend vom BMG mit fachlicher Kompetenz erfolgen.

Häufig lässt sich erst nach ein paar Probesitzungen feststellen, ob Klient und Therapeut zusammen passen.

### **7. Psychotherapeutische Sprechstunden: Wie steht Ihre Partei zur Einführung einer "offenen" Sprechstunde in Psychotherapeutischen Praxen - ähnlich der Hausarzt-Sprechstunde?**

Die Piratenpartei setzt sich für niederschwellige Angebote zur Behandlung von psychischen Störungen ein. Daher kann auch ein solches Modell nur befürwortet werden. Dazu ist jedoch die bestehende Unterversorgung in vielen Regionen zunächst zu beseitigen, damit die entsprechende Kapazität zur Verfügung steht. Diese Angebote müssen auch ohne lange Anfahrtswege skype-ähnlich nutzbar sein.

### **8. Stigmatisierung: Mit welchen Maßnahmen möchte Ihre Partei der nach wie vor weit verbreiteten Stigmatisierung von psychisch Kranken entgegenwirken?**

Die Piratenpartei setzt sich für eine umfassende gesundheitliche Aufklärung als nächsten Schritt einer sozialen Inklusion von Menschen mit psychischen Störungen ein. In den Fokus der Aufklärung sollen vor allem jene Störungsbilder gerückt werden, die häufig von Vorurteilen und Ausgrenzungen betroffen sind und dadurch die Lebensqualität und medizinische Therapie der Betroffenen erheblich beeinträchtigen. Zusätzlich sollen auch die möglichen Behandlungs- und komplementären Hilfsangebote und Einrichtungen in die Aufklärung einbezogen werden, um die Akzeptanz solcher in der Bevölkerung zu stärken und auch die Nutzung der Möglichkeiten, gleich ob stationär, teilstationär oder ambulant, mit weniger persönlichen Bedenken und Vorbehalten zu ermöglichen. Letztlich steht auch die Aufklärung der Betroffenen selbst im Blickpunkt der Piratenpartei, vor allem über ihre rechtlichen Ansprüche sowie Hilfsangebote.

Die Piratenpartei sieht die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) als geeignete Stelle zur Koordinierung und Organisation der umfassenden Aufklärung. Die Piratenpartei sieht aber auch hier vor allem die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der Pflicht, aber auch die privaten Sendeanstalten, Print- und Onlinemedien, ihren gesellschaftlichen Beitrag für eine wirksame gesundheitliche Aufklärung zu leisten. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf die Vermittlung der Botschaft liegen, dass Menschen mit psychischen Störungen ein gleichberechtigter Teil der Gesellschaft sind. (Wahlprogramm)

### **9. Welche weiteren Ziele verfolgt Ihre Partei, um die Versorgung der Betroffenen durch eine gezieltere und umfassendere Aufklärung von Betroffenen zu verbessern?**

Neben den bereits unter 5. bis 8. genannten Maßnahmen fordern wir zur Verbesserung der Versorgung und der Entstigmatisierung von Menschen mit psychischen Störungen den Ausbau von psychiatrischen Abteilungen in allgemeinen Krankenhäusern mit dem Ziel, dass alle Kreise und kreisfreien Städte im Sinne der gemeindenahen Psychiatrie mit psychiatrischen Abteilungen mit angeschlossenen Tageskliniken und psychiatrischen Institutsambulanzen versorgt werden.

### **10. Therapeutenausbildung: Wird Ihre Partei konkrete Maßnahmen durchführen, um die teure, langwierige und für Diplom-Psychologen häufig redundante Ausbildung zum Psychotherapeuten zu verbessern? Wenn ja, welche?**

Das Psychologiestudium bietet eine Reihe von möglichen Schwerpunkten an. Daher muss die Therapeutenausbildung sicherstellen, dass die für die therapeutische Arbeit notwendigen Grundlagen ausreichend vermittelt werden. Sofern die entsprechenden Schwerpunkte im Studium dies bereits geleistet haben, kann eine Anerkennung im Rahmen der Therapeutenausbildung diskutiert werden. Hier sind allerdings die Fachgesellschaften gefragt, eine entsprechende Reform der Therapeutenausbildung zu diskutieren und anzustoßen.